Ansprache des Diözesanratsvorsitzenden Christian Gärtner beim Neujahrsempfang des Diözesanrats im Bistum Eichstätt am 17.1.2026

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Geschwister im Glauben,

„Wird die Gerechtigkeit beiseitegeschoben, was sind Staaten dann anderes als groß angelegte Formen organisierter Kriminalität?
Denn was ist organisierte Kriminalität anderes als ein Staat im Kleinen? In beiden Fällen handelt es sich um Gruppen von Menschen, die durch eine Führungsstruktur gelenkt werden, durch interne Absprachen zusammengehalten sind und ihre Beute nach festgelegten Regeln verteilen.
Wenn eine solche Gewaltorganisation durch den Zustrom weiterer Täter anwächst, dauerhaft Territorium kontrolliert, feste Machtzentren errichtet, Städte beherrscht und ganze Bevölkerungen unterwirft, erhält sie den Namen »Staat«. Nicht weil ihr Handeln moralisch anders geworden wäre, sondern weil zu der gleichen Gewalt nun Straflosigkeit und Anerkennung hinzukommen.“

Ich finde, diese polit-theoretische Analyse beschreibt sehr treffend den Zustand der Welt, in der wir uns offensichtlich am Beginn diesen neuen Jahres befinden. Sie ist übrigens nicht ganz neu, sondern stammt von einem Kirchenvater, dem Heiligen Augustinus, der diese Sätze im 4. Jahrhundert nach Christus in „De Civitate Dei“ formuliert hat. Ich gebe zu, auch wenn ich vor einigen Jahrzehnten einmal das Große Latinum erworben habe, habe ich mich bei dieser etwas modernisierten Übersetzung von den Möglichkeiten, die uns künstliche Intelligenz bietet, unterstützen lassen.

In seinem Text fährt Augustinus mit einer kleinen Anekdote fort, die ein geradezu erschreckend aktuelles Bild enthält: „Darum antwortete ein gefasster Pirat Alexander dem Großen ebenso treffend wie wahr. Als der Herrscher ihn fragte, wie er es wagen könne, die Meere unsicher zu machen, entgegnete der Mann unverblümt:»Genau aus demselben Grund wie du, wenn du die Erde unterwirfst. Ich tue es mit einem kleinen Schiff und werde deshalb Verbrecher genannt; du tust es mit einer großen Flotte – und wirst Herrscher genannt«“ (Augustinus, De Civitate Dei IV,4)

Sie können sich gerne selbst überlegen, welchen Namen Sie anstelle Alexanders des Großen einsetzen würden, da gibt es durchaus mehrere aktuelle Beispiele.

Angst ist ein mächtiges politisches Instrument. Sie macht empfänglich für einfache Antworten, für Schuldzuweisungen, für Ausgrenzung. Wir erleben ja gerade, wie manche politischen Akteure, auch in Deutschland, ihre Ziele erreichen wollen, indem sie Angst, Unsicherheit und ein ständiges Gefühl der Bedrohung erzeugen. Die zentrale Botschaft, die so in dieser Welt verbreitet wird, lautet immer: „Fürchtet Euch!“

Die Gegen-Botschaft des Evangeliums lautet: „Fürchtet Euch nicht!“
Wir haben dieses zentrale Wort des Zuspruchs ja gerade erst wieder in der Weihnachtsbotschaft aus dem Mund des Engels vernommen und dieser tröstliche Satz „Fürchtet Euch nicht!“ kommt in der ganzen Bibel verteilt einige hundert Male vor. „Fürchtet Euch nicht!“ – das ist die Botschaft der christlichen Hoffnung wider alle Hoffnungslosigkeit, auch angesichts von Gewalt, Terror und Krieg in der Welt.

Wir dürfen natürlich nicht bei diesem Aufruf zur Furchtlosigkeit allein stehen bleiben. Dieser Satz ist ja auch in den biblischen Texten meist nur der Einleitungssatz für die eigentliche Botschaft, die danach verkündet wird. Aber „Fürchtet Euch nicht!“ ist die erste angemessene Antwort von uns Christinnen und Christen auf jede Form von Angst und Unsicherheit, weil diese dann ins Leere läuft und wirkungslos wird.

Das bedeutet nicht, die Augen vor Problemen zu verschließen. Es bedeutet, sich ihnen ohne Angst zu stellen. „Fürchtet Euch nicht!“ heißt Widerstand gegen Resignation, gegen Hass und gegen die Versuchung, Menschlichkeit preiszugeben. Menschlichkeit muss der zentrale Maßstab allen politischen Handelns sein.

Eine zweite Antwort finden wir auch mehrfach im Evangelium. Markus formuliert sie im 10. Kapitel seines Evangeliums so:
„Jesus (...) sagte: Ihr wisst, dass die, die als Herrscher gelten, ihre Völker unterdrücken und ihre Großen ihre Macht gegen sie gebrauchen. Bei euch aber soll es nicht so sein, sondern wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein“ (Mk 10,42-43)

Der zentrale Botschaft darin ist „ Bei euch aber soll es nicht so sein!“ und sie hängt mit der dritten Antwort zusammen, die schon im ersten Satz, den ich am Anfang zitiert habe, steckt: „Wird die Gerechtigkeit beiseitegeschoben, was sind Staaten dann anderes als groß angelegte Formen organisierter Kriminalität?“ Ohne Gerechtigkeit wird ein Staat nach Augustinus zu einer „großen Räuberbande“. Ein gerechter Staat, das ist es, wofür nicht nur wir Christinnen und Christen uns einsetzen sollen.

Augustinus’ Analyse entlarvt eine gefährliche Illusion: die Vorstellung, Macht, Ordnung oder wirtschaftlicher Erfolg könnten Gerechtigkeit ersetzen. Sie können es nicht. Wo Macht sich nicht an Recht und Menschenwürde bindet, verliert sie ihre moralische Legitimation – selbst wenn sie demokratisch errungen wurde.

„Bei euch aber soll es nicht so sein.“
Nicht Durchsetzung, nicht Unterdrückung, nicht Herrschaft über andere sind Maßstab christlichen Handelns, sondern Dienst, Verantwortung und Hingabe. Das ist kein privates Ideal für fromme Seelen. Das ist eine politische Botschaft – eine Zumutung für jede Form von Macht.

Gerechtigkeit ist dabei mehr als Recht und Rechtsstaat. Sie umfasst auch soziale Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Klimagerechtigkeit. Unsere Aufgabe ist es deshalb auch, daran mitzuarbeiten, dass unsere Welt immer mehr zu einer Solidargemeinschaft wird, in der Reichtum und Wohlstand gerechter verteilt werden als es heute noch der Fall ist. Dann können auch viele Konflikte auf dieser Welt friedlicher gelöst werden. Frieden ohne Gerechtigkeit wird keinen dauerhaften Bestand haben.

Wir erleben in dieser Zeit, in der die Welt „aus den Fugen“ geraten zu sein scheint, dass ein Leben in Frieden, in Freiheit und im Wohlstand keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass wir alle im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen und daran mitarbeiten müssen, diese Güter zu

erhalten. Dazu braucht es auch eine Haltung der Dankbarkeit, die es uns erlaubt, Friede, Freiheit und Wohlstand als ein Geschenk zu betrachten. Wer sich in diesem Sinne beschenkt weiß, ist dann auch bereit, zu teilen.

Für uns Christinnen und Christen gibt es ohnehin keine nationalen Grenzen unserer Solidarität, weil für uns das Gebot der Nächstenliebe gilt, das alle Menschen in der ganzen Welt einschließt. Deshalb engagieren wir uns im Bistum Eichstätt weit über die Grenzen Europas hinaus in unseren Partnerbistümern. Das Bistum Eichstätt leistet in vielerlei Hinsicht konkrete Unterstützung und Hilfe im Rahmen der für uns als Weltkirche selbstverständlichen globalen Solidarität.

Schon seit nunmehr 70 Jahren gehört dazu die Partnerschaft mit der indischen Diözese Poona. Genau an diesem Tag, heute Mittag, wenn es hier 12 Uhr ist, beginnt am Nachmittag in Pune der Gottesdienst, in dem der von Papst Leo neu ernannte Bischof unserer Partnerdiözese geweiht und in sein Amt eingeführt werden wird. Unser Bistum ist mit einer kleinen Delegation als Zeichen der partnerschaftlichen Verbundenheit dort vertreten, und ich sende von dieser Stelle aus von uns allen die besten Glück- und Segenswünsche an den neuen Bischof von Poona, Simon Almeida.

Der Beginn eines neuen Jahres erinnert uns auch immer daran, dass menschliches Leben Rhythmus braucht. Zeit ist nicht nur Ressource, sie ist Lebensraum. Der Sonntag steht dafür wie kein anderer Tag. Er ist der Tag, an dem wir als Gesellschaft kollektiv innehalten – ein Gegenentwurf zu einer Welt permanenter Verfügbarkeit. Der Sonntag sagt: Der Mensch ist mehr als das, was er leistet.

Dass dieser Tag zunehmend unter Druck gerät, ist kein Nebenschauplatz. Wenn wirtschaftliche Interessen beginnen, auch die letzten gemeinsamen Ruhezeiten zu kolonisieren, dann steht mehr auf dem Spiel als Ladenöffnungszeiten. Dann geht es um die Frage, welchem Menschenbild unsere Gesellschaft folgt.

Der Sonntag ist ein politisches Zeichen – für Würde, für Gemeinschaft, für Freiheit von Sachzwängen. Ihn zu verteidigen heißt, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, nicht den Profit.

Der Sonntag ist eine uralte soziale Errungenschaft und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmung und Zeitdruck unverzichtbar. Für uns Christinnen und Christen bietet dieser Tag auch die notwendige Zeit für die Begegnung mit Gott in Gebet und Gottesdienst.

Der Diözesanrat Eichstätt unterstützt deshalb alle auf den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags gerichteten Aktionen, wie Sie von vielen kirchlichen Verbänden und den Gewerkschaften als regionale und überregionale „Allianzen für den Sonntag“ initiiert worden sind.

In Deutschland schützt heute Artikel 140 des Grundgesetzes, der auf den Artikel 139 der Weimarer Reichsverfassung verweist, die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung. Am 10. Juli letzten Jahres hat aber der Bayerische Landtag das neue Bayerische Ladenschlussgesetz beschlossen. Dieses neue Ladenschlussgesetz

greift im großen Ausmaß, durch ein Vielzahl von Ausnahmeregelungen, in die grundgesetzliche geschützte Sonn- und Feiertagsruhe in Bayern ein. Ich habe mich deshalb entschlossen, mich als einer von sieben Klägern aus dem gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich an einer Popularklage am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof gegen dieses neue Ladenschlussgesetz zu beteiligen. Ich mache das als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, zu dem ich im April letzten Jahres gewählt worden bin, weil ich stellvertretend für alle Menschen in Bayern, denen der Schutz des freien Sonntags ein Anliegen ist, mit dieser Popularklage auch auf juristischem Weg weiter für den Schutz des Sonntags kämpfen will,

Die Zukunft unserer demokratisch freiheitlichen Gesellschaft entscheidet sich vor Ort. Deshalb sind die anstehenden Kommunalwahlen am 8. März 2026 so wichtig. Die überwiegend ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen und -politiker brauchen unser aller Unterstützung. Ich bin sehr dankbar für alle Frauen und Männer, die sich in unserer Gesellschaft politisch engagieren, indem Sie in demokratischen Parteien mitarbeiten oder als Mandatsträger politische Verantwortung in unseren Kommunen, im Land, im Bund oder in Europa übernehmen. Demokratie lebt auf allen Ebenen davon, dass Menschen bereit sind, Verantwortung für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl zu übernehmen. Dazu gehört aber auch, dass die kommunalen Ebenen von Bund und Land endlich für die ihnen zugewiesenen Aufgaben ausreichend refinanziert werden.

Auch die Zukunft der Kirche entscheidet sich vor Ort. Sie entscheidet sich daran, ob es gelingt, an möglichst vielen Orten eine kritische Masse von ehrenamtlich engagierten Frauen und Männern zu organisieren, die bereit sind, der Kirche vor Ort ein Gesicht zu geben, die bereit sind, durch ihren Einsatz für soziale und diakonische Initiativen oder für die Aufrechterhaltung eines ortsnahen Angebots an Gottesdiensten oder durch ihr politisches Engagement ein glaubwürdiges Zeugnis für die Frohe Botschaft zu geben.

Dieses ehrenamtliche Engagement vor Ort wird vor allem in den Pfarrgemeinderäten organisiert Ich bin dankbar für alle, es sind allein in unserer Diözese mehrere Tausend, die ihr ehrenamtliches Engagement in den Dienst der Kirche stellen, indem sie in den vergangenen vier Jahren in den über 200 Pfarrgemeinde- und Kirchortsräten mitgewirkt haben. Und ich bin genauso dankbar für alle, die sich jetzt wieder oder zum ersten Mal dazu entschlossen haben, sich als Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl für den Pfarrgemeinderat am 1. März 2026 zur Verfügung zu stellen. Ein herzliches „Vergelt‛s Gott!" Ihnen allen!

Eine flächendeckende Präsenz der Kirche wird künftig nicht mehr durch das hauptberuflich tätige Kirchenpersonal möglich sein. Jeder und jede von uns Getauften und Gefirmten muss sich dafür mitverantwortlich fühlen, der Kirche vor Ort ein Gesicht zu geben. Nur wenn wir Gläubige uns stärker bemühen, in unseren Familien, in unserer Nachbarschaft und in unserem sozialen Umfeld Kirche als Gemeinschaft der an Christus Glaubenden wieder vertrauenswürdig zu repräsentieren, wird es der

Kirche als ganzer vielleicht gelingen, ihre durch selbstverschuldete Skandale verspielte Glaubwürdigkeit in unserer Gesellschaft zurück zu gewinnen.

Dazu braucht es auch in der katholischen Kirche mehr Synodalität, in Deutschland und weltweit, weil niemand, nicht der Papst, noch die Bischöfe oder Priester, und auch keiner von uns Gläubigen wirklich weiß, was die richtigen Wege sind, um in unserer Zeit als katholische Kirche das Evangelium in der Gesellschaft wieder glaubwürdig verkünden zu können.

Wir begrüßen als Diözesanrat deshalb ausdrücklich, dass unsere Initiative für eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit der vielen verschiedenen Gremien im Bistum, in Form des Bistumsrates seit Oktober letzten Jahres eine zumindest vorläufige, feste Struktur gefunden hat. Jetzt kommt es aber darauf an, dass im Bistumsrat, der bisher erst einmal zusammengekommen ist, tatsächlich ein möglichst breiter Konsens aller Beteiligten gefunden wird. Die notwendigen Entscheidungen darüber, wo und wie gespart werden muss, sind nicht bloße bürokratische Verwaltungsakte. Sie werden nur Erfolg haben und Akzeptanz finden, wenn es gelingt, über den Bistumsrat, und in Zukunft zusammen mit einem neuen Bischof darüber hinaus hoffentlich in einem breiter aufgestellten Diözesanforum, die von den Entscheidungen Betroffenen wirklich zu Beteiligten zu machen. Dafür braucht es solche synodalen Strukturen.

Angesichts geringer werdender finanzieller und personeller Ressourcen in der Kirche braucht es auch mehr Bereitschaft zu überdiözesaner Solidarität. So wie von uns Gläubigen bei den lokalen Prozessen der Einrichtung größerer überpfarrlicher Strukturen erwartet wird, ein zu enges „Kirchturmdenken" zu überwinden, müssen wir auf Ebene der Bistümer auch ein engstirniges „Kathedralturmdenken" überwinden und die anstehenden Herausforderungen als gemeinsame Aufgaben der katholischen Kirche in Bayern und in Deutschland solidarisch miteinander angehen.

Zum Schluss möchte ich Sie noch zu einem wichtigen Termin einladen, dem 104. Deutschen Katholikentag, der vom 13. bis 17. Mai 2026 in Würzburg stattfinden wird. Er steht unter dem Motto: „Hab Mut, steh auf!" (Mk 10,49) In der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation in Deutschland und weltweit passt dieses Motto der Ermutigung sehr gut.

Es braucht Mut, sich den Herausforderungen unserer Zeit in Gesellschaft und Kirche zu stellen . Es braucht Mut, die Menschenwürde, die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen. Es braucht Mut, sich Hass und Hetze entgegen zu stellen, die das gesellschaftliche Klima zu vergiften drohen. Es braucht Mut, gegen alle politischen Strategien der Abgrenzung und Ausgrenzung, das christliche Ideal der einen Menschheitsfamilie lebendig zu halten.

Diesen Mut können wir Christinnen und Christen aus unserem froh machenden und befreienden Glauben schöpfen. Dazu brauchen wir aber auch Begegnung, Gespräch und Austausch mit allen Menschen guten Willens, die mit uns diesen Weg der Mutigen gehen wollen.

Werben Sie in Ihren Gemeinden und Verbänden für den Katholikentag in Würzburg.
Vor allem aber kommen Sie nach Würzburg, machen Sie mit, diskutieren Sie mit, beten Sie mit und machen Sie diesen Katholikentag zu einem starken Zeichen dafür, dass Deutschland ein friedliches, weltoffenes Land ist, dessen Wertefundament auf der Frohen Botschaft des Evangeliums Jesu Christi ruht. Werden Sie so zu „Mut-Machern", damit unsere Kirchen ihrem Auftrag gerecht werden, sich mit ihren grundlegenden Werten und Überzeugungen in die Gestaltung der Welt einzubringen.

Wir kennen den Weg in die Zukunft nicht im Detail. Aber wir haben einen Kompass. Dieser Kompass ist das Evangelium. Mit ihm dürfen wir uns aufmachen – mutig, kritisch, solidarisch. Nicht aus Angst, sondern aus Hoffnung. Nicht gegeneinander, sondern miteinander. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen von ganzen Herzen Gottes reichen Segen, Gesundheit, viel Glück und alles Gute für dieses neue Jahr 2026!